

Jürgen Oppermann, Lehms 10, 26197 Großenkneten,

Großenkneten, 14.02.2013

Gedächtnisprotokoll über das Gespräch mit dem Europaabgeordneten Prof. Dr. Mayer CDU am 13.02.2013 in Vechta in der CDU-Geschäftsstelle, Große Str. 90

Beginn des Gespräches um 10.00 Uhr

Teilnehmer: Herr Prof. Dr. Mayer CDU- Europaabgeordneter

Herr Knappik, Heimatbund

Herr Papenhusen, Vorsitzender Bündnis MUT

Herr Oppermann, Bündnis MUT

Herr Morisse, Bund Deutscher Milchviehbauern BDM

Nach der Begrüßung stellte Herr Papenhusen unser Bündnis MUT vor. Er beschrieb unser Bestreben, die Flut der Neubauanträge für Massentierhaltungsanlagen einzudämmen mit Einwendungen gegen aktuelle Bauanträge, über unsere Pressearbeit bis hin zu Widersprüchen gegen Baugenehmigungen mit Hilfe von Gegengutachten (Analysen) von Sachverständigen. Er erwähnte auch unser z.Zt. größtes Problem mit dem geplanten Neubau einer Hähnenschlachtereier im Gewerbe- und Industriegebiet Ahlhorn, Gemeinde Großenkneten. Für die dafür erforderliche Erweiterung des Industriegebietes läuft z.Zt. eine Bauleitplanung, die wir mit Einwendungen und Informationen über die drohenden Folgeschäden, die dann mit der entstehenden Ausweitung der Hähnchenmast eintreten werden, versuchen zu kippen.

Herr Mayer erläuterte darauf die Arbeit des Europäischen Parlamentes und verwies auf die leider eingeschränkten Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik der einzelnen Mitgliedsländer. Etwa 80 % der Ausarbeitungen des Parlamentes sind Richtlinien (z.B. FFH-Richtlinie, Wasserrahmenrichtlinie u. A.), die nur Mindestgrenzen an Vorgaben aufzeigen, die von den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssen, wobei es den Mitgliedsländern freisteht, eine Richtlinie für ihr nationales Gebiet zu verschärfen. Nur ca 20 % sind direkte Verordnungen, die für alle Staaten in vollem Umfang bindend sind.

Danach folgte das eigentliche Gespräch. Wir wiesen darauf hin, dass viele Mitgliedsländer, also auch Deutschland, viele Vorgaben der EU in Bezug auf die Landwirtschaft nur schleppend oder gar nicht umsetzen. Wir wünschen uns diesbezüglich mehr Einflussnahme von den zuständigen Stellen der EU bis hin zu Sanktionen. Dieses konnte uns Herr Mayer nicht zusagen. Die Umsetzung von EU- Richtlinien und Verordnungen sei ausschließlich Ländersache.

Wir sprachen das Problem der Überdüngung der landwirtschaftlichen Nutzflächen an mit den schlimmen Folgen für die Natur und Landschaft, die Grundwasserverschmutzung und die Nährstoffbelastung der Flüsse und Bäche, trotz der bestehenden Wasserrahmenrichtlinie

mit ihren klaren Vorgaben und Zielen. Herr Mayer betonte, dass dieses Problem in der EU schon lange bekannt ist und man an Verbesserungen arbeitet.

Das Gespräch kam auch auf die ausufernde Massentierhaltung, die vor- und nachgeschaltete Agrarindustrie sowie die industrielle Lebensmittelverarbeitung. Hier gab Herr Mayer zu, dass von Seiten der CDU einiges versäumt worden ist, um die Auswüchse dieser Agrarpolitik einzudämmen. Das wäre auch wohl mit ein Grund dafür, dass die Wahl in Niedersachsen (wenn auch knapp) für die CDU verloren gegangen ist.

Weiterhin machten wir Herrn Mayer auf den wachsenden Unmut in der Bevölkerung gegen die natur- und umweltzerstörende Landwirtschaft, den Verlust der bäuerlichen Landwirtschaft und die immer weiter um sich greifende Agrarindustrie aufmerksam. Auch hier gab uns Herr Mayer Recht, man könne nicht auf Dauer eine Landwirtschaftspolitik gegen den Willen der Bevölkerung betreiben. Er verwies dabei aber auch wiederholt auf die eingeschränkten Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlamentes auf die nationale Landwirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsländer hin.

Herr Morisse, der etwas später hinzukam, erläuterte die Probleme der Milchviehbauern und die unzureichende Vergütung ihrer Milcherzeugung. Vor Allem kritisierte er die nachgeschaltete Verarbeitung der Milch und davon insbesondere die Verarbeitung der Überschüsse, die dann mit Unterstützung durch EU- Exportsubventionen ins Ausland exportiert werden. Als besonders krasses Beispiel nannte er den Export von Milchpulver nach China, das dann in veränderter Form (z.B. Käse) wieder nach Europa zurück kommt. Herr Mayer versicherte uns, dass die EU bestrebt sei, die Exportsubventionen für die Ausfuhr von Agrar-Überschussproduktionen herunterzufahren bzw. ganz zu streichen.

Insgesamt gesehen war es ein sehr gutes konstruktives Gespräch, ohne direkte Schuldzuweisungen. Es endete nach fast zwei Stunden in einer freundlichen Atmosphäre. Ich wünsche mir noch mehr CDU- Europaabgeordnete, die so denken wie der CDU- Europaabgeordnete Prof. Dr. Mayer.